

wicklung einer *gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* stellen sich, gerade auch was den atomaren Schutz angeht, völlig neuartige und grundlegende Fragen, die sich nur schwer angesichts von weltweiten Protesten gegen die Tests, von antifranzösischen Tumulten in Papeete, einer Klage Neuseelands vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag erörtern lassen.

Ausgesprochen ungünstig war der Zeitpunkt für dieses Angebot auch deshalb, weil es die Bereitschaft zu einem Souveränitätsverzicht signalisierte, von dem Frankreich im Zusammenhang mit den Tests weiter denn je entfernt war, indem es die Notwendigkeit jeder Form der Konzertierung bzw. der langfristigen und einfühlsamen Information der betroffenen Länder leugnete. Ob Frankreich durch die zeitliche Nähe zu den umstrittenen Atomtests dem eigenen Anliegen, wenn es denn tatsächlich eines ist, letztlich mehr geschadet als gedient hat, bleibt abzuwarten. Vorderhand mußte dieser Vorstoß seitens der französischen Regierung wie der Versuch anmuten, sich angesichts der keineswegs nur theoretischen Gefahr internationaler Isolierung *Entlastung* zu verschaffen.

Die Rolle Chiracs kann man dabei noch ohne Übertreibung

tragisch nennen. Unter Mitterrand unternahm Frankreich mehr als 80 Tests und dennoch wird er als derjenige in die Geschichte eingehen, der ein Moratorium erließ. Auf eine ähnliche Zahl von Tests wird Chirac in keinem Fall kommen und dennoch wird mit seinem Namen in erster Linie der Versuch Frankreichs verbunden werden, ohne Rücksicht auf Verluste zu tun, wozu man glaubt, ein Recht zu haben.

Vier Monate nach dem Amtsantritt von Jacques Chirac und Alain Juppé sieht es daher so aus, als werde die französische Führung innen- wie außenpolitisch noch einige Zeit damit beschäftigt sein, ihren *mißglückten Start* wieder wettzumachen. Für Schritte nach vorne, etwa auf dem Gebiet der Verfassungsreform wird so wertvolle Zeit verstreichen. Vier Monate nach Amtsantritt sieht sich der französische Präsident bereits in der Verlegenheit, „die Initiative wiedergewinnen“ zu müssen – so überschrieb der konservative „Figaro“ (5.9.95) seinen Bericht über den ersten Fernsehauftritt Chiracs nach dem Amtsantritt. Die denkbar schlechteste Perspektive für Frankreich wäre es, wenn es extremistischen Kräften à la Le Pen gelänge, durch den wenig überzeugenden Start von Chirac zusätzlichen Aufwind zu erhalten.

Klaus Nientedt

Auf dem Weg zum „schwarzen Schaf“

Die Slowakei unter Ministerpräsident Mečiar

Seit dem 1. Januar 1993 ist die Slowakei ein unabhängiger Staat. Regiert wird sie von Ministerpräsident Mečiar und seiner „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ in autoritär-nationalpopulistischem Stil. Es ist bisher nicht gelungen, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung des Minderheitenproblems zu finden; Universitäten, Gewerkschaften und Künstler klagen über Gängelung. Auch in der katholischen Kirche wächst die Kritik am Ministerpräsidenten.

Die Metropole eine „Hauptstadt der Gangster“, der Regierungschef ein „verschrobener kleiner Diktator“ – selbst die renommierten internationalen Medien geben sich nicht zimperlich, wenn sie die gegenwärtigen Zustände in der Slowakei schildern. Sie greifen zu Vokabeln, Assoziationen, Szenen, die in der Regel den sogenannten „Bananenrepubliken“ zugeschrieben werden: diktatorische Zustände trotz formal gegebener Demokratie, Korruption an allen Ecken und Enden, ausufernde Kriminalität und Mafia-Unwesen, unverschämte Bereicherung weniger auf Kosten der Allgemeinheit.

Das kleine Land im Herzen Europas kämpft mit schweren Imageproblemen. Da mögen die Verhältnisse in einigen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, besonders der früheren UdSSR, deutlich schlimmer sein als in der Slowakei: Man hat dieser Republik offensichtlich die Rolle des „schwarzen Schafes“ Osteuropas zugeschrieben – und sie spielt diese Rolle fast mit Brillanz.

Das ist nicht allein, aber zu einem Gutteil das Verdienst jenes Mannes, der wie eine blasse, aber intelligentere Kopie des russischen Nationalisten, Polterers und Polithaudegens Wladimir Schirinowski wirkt: *Vladimir Mečiar*. Er übernahm erstmals die Macht, als die Slowakei noch in einer Föderation mit Tschechien lebte. Unter seiner nationalistisch geprägten Federführung wurde die friedliche Trennung von der Tschechischen Republik zum 1. Januar 1993 ausverhandelt. Im März 1994 stürzte er über ein Mißtrauensvotum, ihm folgte für wenige Monate *Jozef Moravčík* als Regierungschef.

Aus den Wahlen im Oktober 1994 ging aber Mečiar's „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) erneut als stärkste Partei hervor. Seither führt er eine Koalitionsregierung, der neben der HZDS auch die „Slowakische Nationalpartei“ (SNS) und die linksextreme „Slowakische Arbeitervereinigung“ (ZRS) angehören. Keine der drei Koalitionsparteien läuft Gefahr, zur „gemäßigten Mitte“ zu zählen,

und Ministerpräsident Mečiar fehlt es weder an Machtbewußtsein, noch hat er es verabsäumt, unter den Kommunisten seinen Machiavelli zu lernen. Für Aufregung und politische Schlachten ist also gesorgt – und auch für entsprechend negatives Echo in der internationalen Öffentlichkeit.

Einer der politischen Hauptstreitpunkte ist seit dem Wiedererstarken der nationalistischen Bewegung nach 1990 die *Minderheitenpolitik*. Sie betrifft vor allem die rund 560 000 Ungarn, die im Süden und Osten des Landes leben und insgesamt elf Prozent der Bevölkerung stellen. Die Slowakei lehnt es ab, für die ungarische Minderheit ein autonomes Gebiet mit eigener Verwaltung einzurichten, mit dem Argument, daß die Siedlungsgebiete zu wenig geschlossen sind und rund 100 000 ethnische Slowaken in den mehrheitlich von Ungarn bewohnten Gebieten leben. Auch ist auf der anderen Seite Ungarn nicht bereit, ähnliches den 80 000 Slowaken in Nordungarn zu gewähren.

Sprachpolitik auf Kosten der ungarischen Minderheit

„Kollektive“ versus „individuelle“ Minderheitenrechte lauten die Schlagworte der Diskussion. Mečiar ist gegen kollektive Rechte der Volksgruppen. Sie würden „ethnische Trennung statt Zusammenarbeit“ schaffen, so seine offizielle Begründung. Mit der Unterzeichnung eines ungarisch-slowakischen Grundsatzvertrages im März dieses Jahres schießen sich die Spannungen etwas zu legen. Der Vertrag ist vom Budapester Parlament bereits ratifiziert, der slowakische Nationalrat verschob die Absegnung auf November.

Vorerst stehen die Zeichen wieder auf Sturm. Auslöser sind mehrere Gesetzesvorhaben der Preßburger Regierung, allen voran die Einführung sogenannter „Alternativschulen“. Alternativ meint in diesem Zusammenhang: Derzeit gibt es in den meisten Ortschaften des Siedlungsgebietes der ungarischen Minderheit nur Schulen mit entweder ungarischer oder slowakischer Unterrichtssprache, in denen Slowakisch bzw. Ungarisch als Fremdsprache unterrichtet wird. An den ungarischsprachigen Schulen sollen nach den Plänen der Regierung schon ab diesem Schuljahr „wichtige Unterrichtsfächer“ in slowakischer Sprache unterrichtet werden, der Unterricht also alternativ in beiden Sprachen erfolgen.

Ministerpräsident Mečiar ließ entsprechende Pläne bereits im Dezember des Vorjahres verlauten, der jetzige Vorschlag wurde von Unterrichtsministerin *Eva Slavkovská*, Parteimitglied der ultranationalistischen SNS, im Detail unterbreitet. Ihre Argumente: Slowakisch sei die „Staatsprache“, werde aber von vielen Ungarn nicht zur Genüge beherrscht. Außerdem werde es den Eltern freigestellt, ob sie ihr Kind in eine „Alternativschule“ schicken oder nicht, niemand werde gezwungen. Und Mečiar beeilte sich zu betonen, daß diese Regelung anderen, kleineren Minderheiten in der Slowakei – etwa den Deutschen und Ruthenen – eine Besserstellung bringe.

Die Ungarn laufen gegen diese Sprachpolitik Sturm, weil sie ihre „nationale Identität“ bedroht sehen. Sie erhalten dabei kräftige Unterstützung aus Budapest. Maßnahmen der slowakischen Behörden haben das Mißtrauen zusätzlich genährt: Vier Direktoren ungarischsprachiger Schulen und eine Bezirksschulrätin wurden abgesetzt, weil sie sich geweigert haben sollen, ungarischsprachige Eltern für „Alternativklassen“ zu gewinnen – alle Schuldirektoren an den ungarischsprachigen Schulen waren angewiesen worden, für den „alternativen Unterricht“ zu werben. Eine Petition mit 11 000 Unterschriften an Parlamentspräsident *Ivan Gasparovič* gegen die Direktoren-Absetzung blieb ohne Erfolg. Katholische und protestantische ungarische Geistliche kündigten „zivilen Ungehorsam“ an, sollte diese Minderheitenschulpolitik weitergehen. Den Schulbeginn Anfang September boykottierte der größte Teil der ungarischsprachigen Schüler durch Fernbleiben. Unterrichtsministerin *Slavkovská* drohte in Reaktion auf den Protest mit der Schließung der an der Aktion beteiligten ungarischen Schulen.

Weiteren Unmut auf Seiten der Ungarn provozierte ein Gesetzesentwurf, der die Einführung des Slowakischen als „Staatsprache“ in allen Bereichen des öffentlichen Lebens vorsieht. In der Begründung des Gesetzestextes heißt es, daß das „einzige staatsbildende Element in der Slowakei die Slowaken“ seien. Die Ungarn sehen darin einen Bruch der Verfassung, die von „allen Bürgern der Slowakei“ spricht. Im Parlamentsausschuß für Öffentliche Verwaltung, Selbstverwaltung und Nationalitäten kam es Ende August wegen des Entwurfs zu einem handfesten Eklat. *Miklos Duray*, Vorsitzender der Bewegung „Együttelés“, der größten der drei Parteien der ungarischen Minderheit, verlangte, daß dieses geplante „faschistische Gesetz“ im Ausschuß gar nicht abgehandelt wird. Durays Antrag wurde abgelehnt, er verließ nach heftigem Wortwechsel die Sitzung. Statt dessen verabschiedete der Ausschuß einen Antrag an den Immunitätsausschuß des Parlaments und an die Staatsanwaltschaft, „staatsschädigende“ Äußerungen des Ungarn-Politikers im Ausland zu untersuchen.

Ende Juli war Duray bei einer Kundgebung von ungarischen Minderheitenvertretern in Debrecen aufgetreten, zu der rund 3000 Personen – unter ihnen hochrangige Politiker – gekommen waren. Selbst nicht immer zimperlich in seiner Wortwahl und nicht gegen nationalistische Anwendungen gefeit, bezeichnete er das geplante Sprachengesetz als „höchste Form des Sprachimperialismus“ und als Schritt zum „Kulturfaschismus“.

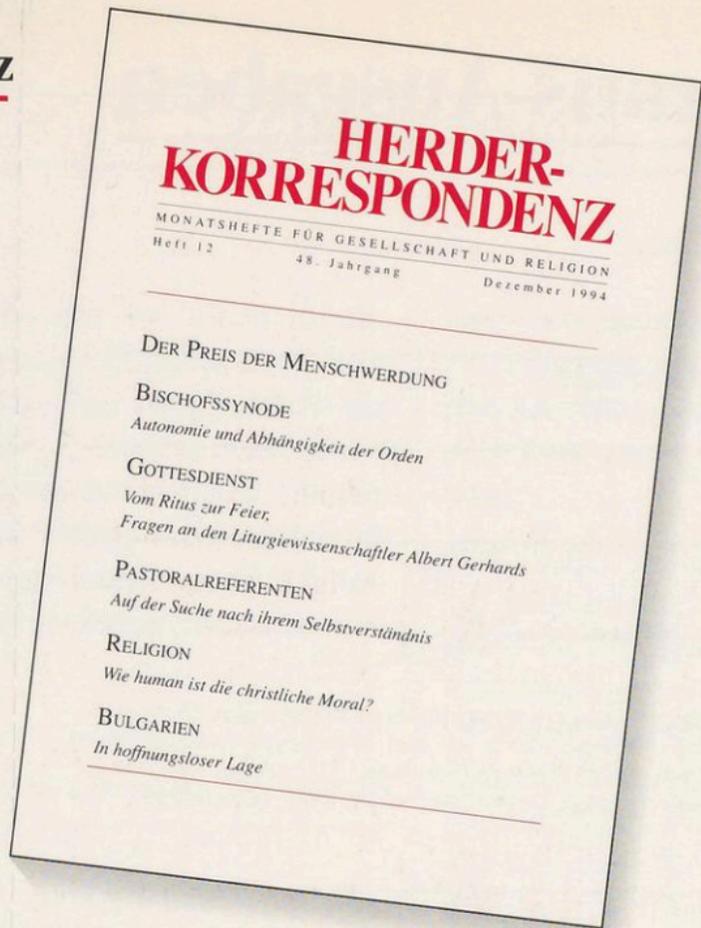
Unzufrieden mit der gegenwärtigen Regierungspolitik zeigen sich auch die Vertreter der *Roma*. Laut der offiziellen Statistik leben etwas mehr als 80 000 Roma in der Slowakei, aber selbst staatliche Stellen schätzen ihre Zahl auf bis zu 300 000. Am 21. Juli übergossen Skinheads in einer Provinzstadt einen 17jährigen Roma mit Benzin und zündeten ihn an. Der Jugendliche erlag zehn Tage später den Verbrennungen. In Reaktion auf die rassistischen Angriffe gegen Roma setzte die Regierung einen „Beauftragten für beson-

Die Herder-Korrespondenz im Abonnement

■ Jeden Monat das Wichtigste aus Kirche, Religion, Staat und Gesellschaft. Sie informieren sich präzise und sparen dabei Zeit.

■ Fakten, Hintergründe, Analysen, Kommentare, Interviews. Für Sie ausgewählt und sorgfältig aufbereitet.

■ Sie behalten den Überblick, erkennen Hintergründe und durchschauen Zusammenhänge.



Bitte mit
80 Pfennig
freimachen,
falls Marke
zur Hand

Antwort

Verlag Herder
– Zeitschriften –
Herrn Clemens Klein

79080 Freiburg

Abrufkarte für 2 Gratis-Ausgaben



Ihre Vorteile



Ja, senden Sie mir kostenlos die nächsten zwei Ausgaben der Herder-Korrespondenz. Wenn mich die Herder-Korrespondenz überzeugt und ich mich bis eine Woche nach Eintreffen der zweiten Ausgabe nicht bei Ihnen melde, möchte ich die Zeitschrift regelmäßig beziehen.

Die Herder-Korrespondenz erscheint monatlich und kostet im Abonnement 14,90 DM (für Studierende 11,50 DM) pro Ausgabe zuzüglich Porto.

Karte bitte ausfüllen und einsenden oder per Fax an: 0761/2717-426.

Absender:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ/Ort

Datum



Unterschrift

Vertrauensgarantie: Innerhalb einer Woche nach Erhalt der zweiten Ausgabe kann ich den Probebezug beim Verlag Herder, 79080 Freiburg, kündigen. Das Datum des Poststempels genügt. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum



Unterschrift

31 32 33

■ Sie erhalten die nächsten zwei Ausgaben kostenlos zur Probe. Sie lernen die Herder-Korrespondenz gründlich kennen.

■ Möchten Sie die Zeitschrift nicht regelmäßig lesen, genügt eine kurze Mitteilung an den Verlag.

■ Bei Weiterbezug im Abonnement kommt die Herder-Korrespondenz jeden Monat pünktlich per Post zu Ihnen nach Hause.

■ Ihr Anschluß-Abonnement können Sie jederzeit mit einer vierwöchigen Frist zum jeweiligen Halbjahresende beenden.

ders hilfsbedürftige Personen“ ein, der vor allem für die Roma zuständig ist. Roma-Vertreter empfanden über diese Maßnahme alles andere als Freude. Das Tätigkeitsfeld des Beauftragten sei zu eng auf soziale Probleme ausgerichtet und berücksichtige nicht die anderen berechtigten Interessen dieser Volksgruppe. Außerdem würden damit gleichsam alle Roma zu „Problembürgern“ gestempelt und man verwehre ihnen die eigenständige Wahrnehmung ihrer Interessen.

Kulturschaffende fürchten eine „Normalisierung“

Nicht nur ethnische Minderheiten, auch Universitäten, Medien, Künstler und querdenkende Intellektuelle sehen ihren erst vor kurzer Zeit erkämpften Freiraum zunehmend eingeschränkt. Führende Vertreter der slowakischen Universitäten werfen der Regierung vor, die akademischen Rechte sowie die Freiheit und Autonomie der Universitäten einschränken zu wollen.

Bei Hochschulrat und Rektorenkonferenz läuteten die Alarmglocken, als die Regierung einen mit den Universitäten gemeinsam erarbeiteten Entwurf für eine Novellierung des Hochschulgesetzes kurzerhand in wesentlichen Punkten abänderte: Die Regierung könnte dann aus Eigeninitiative Fakultäten gründen, zusammenschließen, teilen, auflösen. Darüber hinaus könnte das Unterrichtsministerium selbst die Studentenzahlen einzelner Fakultäten und Studienrichtungen festlegen. Die Regierung hätte das Recht, Beschlüsse akademischer Gremien zu „prüfen“.

Sozialministerin *Olga Keltosová* wälzt Pläne zu einer Änderung des *Gewerkschaftsgesetzes*, die nach Einschätzung unabhängiger Gewerkschaften de facto das Monopol der früheren Einheitsgewerkschaft wiederherstellen sollen. Die Ministerin will neugegründete Gewerkschaften, die „vom alten kommunistischen Gewerkschaftsbund ROH weder Vermögen noch Mitgliederbasis übernommen haben“, schlechter stellen. Die christlichen Gewerkschaften betonen dazu, der freie gewerkschaftliche Zusammenschluß sei in der Verfassung garantiert. Jede Beschränkung der Zahl oder die Bevorzugung einzelner Organisationen stehe im Widerspruch zum Grundrecht.

Auch die *Jugend* muckt zunehmend gegen den Regierungskurs auf. Ein geplantes neues Wehrdienstgesetz sieht vor, daß der Zivildienst doppelt so lange dauert wie der Militärdienst. Die Verwaltung des Zivildienstes soll zudem vom Sozialministerium auf das Verteidigungsministerium übergehen. Die Ableistung des Militärdienstes soll in Zukunft für Männer auch Bedingung sein, wenn sie im Staatsdienst beschäftigt werden wollen. Die Regierung begründet die Maßnahmen mit der hohen Zahl der Zivildienstler – seit der Einführung des Zivildienstes aus Gewissensgründen haben nach Regierungsangaben 20 000 junge Männer auf den militärischen Drill verzichtet. Jugendorganisationen bewerten die geplante Novelle als diskriminierend, die Verwaltung durch

das Verteidigungsministerium liquidiere den Grundsatz des Zivildienstes. Wehrdienst als Voraussetzung für eine staatliche Anstellung verstößt nach den Worten von Oppositionspolitikern gegen das Verfassungsprinzip der freien Berufswahl.

94 Künstler und Kulturschaffende bekundeten im Juli in einer gemeinsamen Erklärung ihre Sorge, die Regierung beginne eine Politik der „Normalisierung“, wie sie von den Kommunisten zu Beginn der 70er Jahre – als Gegenstoß zum „Prager Frühling“ – praktiziert wurde. Das Preßburger Kulturministerium respektiere bei der Kulturförderung nicht die Pluralität der Gegenwartskunst, sondern stelle politische und nationale Kriterien über die künstlerische Qualität. Es mangle an Toleranz für andere Meinungen, was zu einer Atmosphäre der Angst und des Hasses führe.

Der staatliche Kulturfonds „Pro Slovakia“ hat nach Einschätzung der Kulturschaffenden seine Unabhängigkeit an das Kulturministerium verloren. Leitungsämter in den Kultureinrichtungen würden mit regierungstreuen Leuten besetzt, Kulturzeitschriften würden schrittweise liquidiert, lautet die Klage. Unabhängige Stiftungen und Institutionen seien laufend Attacken von Regierungsvertretern ausgesetzt. So wurde etwa eine der bedeutendsten literarischen und kulturpolitischen Zeitschriften der Slowakei, „Kulturni život“ (Kulturleben) mit der Juni-Ausgabe eingestellt. Das Ministerium drehte den überlebenswichtigen Geldhahn ab. „Kulturni život“ war bereits 1968 nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ eingestellt worden. 1989 wurde sie wieder ins Leben gerufen. Kurz nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit der Slowakei 1993 stoppte die damalige Regierung Mečiar die Förderung der Zeitschrift, weil sie „nicht ausreichend pro-slowakisch“ war. Die Zeitschrift wurde eingestellt, im September 1994 unter Ministerpräsident Moravčík zumindest als Monatszeitschrift wiederbelebt. Nun starb sie ihren dritten Tod – aber vielleicht nicht den letzten.

Bei Gesetzesvorlagen mit kulturpolitischem Bezug hat der Kulturverein „Matica slovenska“ (Slowakische Mutter) Anhörungsrecht. Der Verein gilt als ideologisches Zentrum des slowakischen Nationalismus und machte vor kurzem mit dem Vorschlag auf sich aufmerksam, die Schüler sollten in Zukunft „staatstragende Texte“ auswendig lernen müssen. Unterrichtsministerin Slavkovská ließ gleich eine entsprechende Broschüre erstellen. Inhalt und zugleich Pflichtlernstoff: Einleitende Worte der Ministerin, die slowakische Unabhängigkeitserklärung, die Präambel der Verfassung und das Lied „Wer für die Wahrheit glüht“.

Bezeichnend für die Kulturpolitik der Regierung Mečiar ist auch, was die Prager Zeitung „Lidové noviny“ aus einem Grundsatzpapier des Kulturministeriums zitierte: „Der wichtigste Punkt ist – das Kulturministerium muß die Rolle eines Lenkungsentrums auf sich nehmen. Es muß die Kultur großzügig verwalten, aber sorgsam und zielstrebig finanzieren. Pro Slovakia darf nicht zu einem Kanal werden, durch den die Staatsmittel in wertlose oder gar staatsfeind-

liche Veranstaltungen fließen würden.“ Das Feindbild einer „entarteten Kunst“ ist bereits in Sichtnähe.

Noch weniger Luft zum Atmen haben die beiden öffentlich-rechtlichen Medien in der Slowakei, Radio und Fernsehen. Mečiar hat die wichtigen Positionen in diesen beiden Medien seit seinem Amtsantritt im Herbst 1994 mit seinen Gefolgsleuten besetzt. Die Berichterstattung der Fernsehanstalt STV ist so regierungstreu, daß auch in der breiten Bevölkerung der Unmut darüber wächst. 55 Prozent gaben bei einer Meinungsumfrage an, sie vertrauten dem Staatsfernsehen „nicht“ oder „eher nicht“.

Die unabhängige Presse bezeichnet STV ironisch als „Mečiarvision“. Wie sehr der Spottname der Wirklichkeit gerecht wird, zeigte sich im Vorfeld des Papstbesuches im Juni. Der Fernsehchef verweigerte Staatspräsident Kováč sogar die Ausstrahlung einer Ansprache zur bevorstehenden Visite Johannes Pauls II. Sie wurde dann im ersten Rundfunkprogramm gesendet – womit sich der dortige Chefredakteur umgehend den Rausschmiß einhandelte. Andere Radio- und Fernsehredakteure werfen von sich aus das Handtuch, wenn ihnen die laufenden Beschimpfungen und Angriffe durch Koalitionspolitiker zu viel werden, und versuchen kritischen und objektiven Journalismus in privaten Medien wie „Radio Twist“.

Mahnende Worte des Staatspräsidenten

Manchmal verschafft sich der Unmut von Redakteuren und Angestellten Luft. So griff die Fernsehgewerkschaft zu öffentlichem Protest, als bekannt wurde, daß 30 Prozent der Belegschaft entlassen werden sollen. Neben berechtigten Personaleinsparungen entdeckt die Gewerkschaft in der Maßnahme deutlich Züge einer Säuberungsaktion.

Bei den *Printmedien* kann Mečiar seinen Machtgelüsten weniger fröhnen. Und „Slovenska Republika“, die parteieigene Zeitung der HZDS, wird von rund sechs Prozent der Bevölkerung gelesen, während etwa das führende Boulevardblatt „Nový Čas“ (Neue Zeit) auf 21 Prozent kommt. Der Stil der gegenwärtigen slowakischen Regierung findet nicht nur in unabhängigen Medien seine Kritiker. Sein wichtigster Gegenpart erwuchs Mečiar an der Staatsspitze: Präsident *Michael Kováč*. Er wurde im Februar 1993 als Kandidat der HZDS vom Parlament für fünf Jahre zum Staatsoberhaupt gewählt. Anfang dieses Jahres ist der Konflikt zwischen den beiden höchsten Staatsrepräsentanten voll ausgebrochen. Es vergeht keine Woche, ohne daß zwischen Kováč und Mečiar schlagzeilenträchtige Wortwechsel oder Kompetenzkämpfe ausgetragen werden.

Während aber Kováč nicht gewillt ist, den Regierungschef aus seiner Verantwortung zu entlassen, strebt Mečiar offen die Absetzung des Präsidenten an – nur fehlt ihm bisher dazu die notwendige Drei-Fünftel-Mehrheit im Parlament. Die Kontroverse erreichte Anfang September einen neuen Höhepunkt, als Kováč im Parlament einen „Bericht zur

Lage der Republik“ abgab. Wenige Tage vor dem Auftritt des Präsidenten vor den Abgeordneten wurde sein Sohn gewaltsam entführt und illegal über die Grenze nach Österreich gebracht. Dort wurde Kováč jun. verhaftet, weil ihn die deutsche Polizei per internationalen Haftbefehl suchte. Der Präsidentensohn wird verdächtigt, in Wirtschaftsbetrug verwickelt zu sein, Beweise standen – zumindest bis Redaktionsschluß – noch aus. Es tauchten dagegen Verdachtsmomente auf, der slowakische Geheimdienst stehe hinter der Aktion, um den Präsidenten zu diskreditieren.

Kováč trat am 6. September dennoch vor das Parlament – und ließ kaum ein gutes Haar an der Politik der Regierungskoalition aus HZDS sowie der extremen Rechten und Linken. Aus der Liste der „Sünden“, die der Präsident beklagte: Im Parlament hätten die Koalitionsparteien alle leitenden Funktionen an sich gerissen, manche Ausschüsse seien nur mit Abgeordneten der Regierungsparteien besetzt, das Recht der Opposition auf Meinungsäußerung werde beschnitten. Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofs und sogar des Verfassungsgerichtshofs würden leichtfertig in Frage gestellt. Auf allen Ebenen der Staatsorgane gebe es Säuberungen in den leitenden Positionen, meist ohne Angabe von Gründen. Die in der Verfassung vorgesehene Zusammenarbeit zwischen den Staatsorganen ist – so Kováč – „nicht zufriedenstellend“, besonders nicht zwischen Staatspräsident, Parlamentspräsident und Ministerpräsident. Der Präsident bemängelte auch ein langsames Tempo bei der Verbesserung der Rechtsordnung. Justiz und Polizei stünden zunehmend wieder unter der Gefahr politischer Einflußnahme. Korruption in den Reihen der Behörden und mangelnde Aufklärung von Straftaten seien weitere alarmierende Tatsachen. Kováč vergaß nicht zu betonen, daß er seinerseits keine persönlichen Aversionen gegen Mečiar hege und sehr wohl guten Willen zur Zusammenarbeit gezeigt habe, Mečiar aber jeden Kontakt mit ihm meide. Die Minister und die Abgeordneten der Koalitionsparteien bestreikten zum Großteil die Sitzung.

Es war nicht das erste Mal, daß Kováč Sorge um die demokratiepolitischen Standards in der Slowakei äußerte. Er versucht immer wieder mäßigend auf alle Seiten, Regierung wie Opposition und Minderheitenvertreter, einzuwirken. Bei Umfragen sprach sich daher eine Mehrheit der Slowaken stets für einen Verbleib von Kováč im Präsidentenamt aus. Allerdings würde bei Neuwahlen derzeit wieder die HZDS als stärkste Partei hervorgehen, mit annähernd 30 Prozent. Oppositionsparteien wie die „Demokratische Union“ (DU) und die „Christlich-Demokratische Bewegung“ (KDH) liegen Umfragen zufolge bei rund zehn Prozent. Lediglich die beiden extremen Koalitionsparteien SNS und ZRS würden unter die Fünf-Prozent-Hürde fallen und Mečiar als Regierungspartner verlorengehen.

Mečiar beschneidet im Machtkampf gegen Kováč so weit wie möglich die Kompetenzen des Staatspräsidenten. Er entzog ihm etwa per Gesetz das Recht, den Generalstabschef, den Direktor des Geheimdienstes und den Generalstaatsan-

walt zu ernennen und abzuverufen. Zuletzt machte er den Vorschlag, in der Slowakei ein Präsidialsystem nach dem Vorbild der USA einzuführen: Ein vom Volk direkt gewählter Präsident ist zugleich Regierungschef. Damit wäre Mečiar den ihm lästigen Staatspräsidenten los. Noch ist es ein Wunschtraum.

Ohne Erfolg blieb der Staatspräsident mit seinem Widerstand gegen die *Wirtschaftspolitik* der Regierung Mečiar. Am 12. Juli beschloß das Parlament eine Gesetzesnovelle, mit der die geplante zweite Welle der „Kupon-Privatisierung“ gestoppt wird und grundlegende Eingriffe in die 1991 eingeleitete Wirtschaftsreform gemacht werden. Die Opposition wirft dem Ministerpräsidenten vor, die Regierung wolle ihren Einfluß in den staatlichen Unternehmen nicht einbüßen und habe daher der Privatisierung ein Ende gesetzt. Man befürchtet, der Aufwärtstrend der slowakischen Wirtschaft könnte durch die neuen Gesetze gestoppt werden. Präsident Kováč wies die Gesetze als „verfassungswidrig“ an das Parlament zurück, dort dürften sie aber in einer zweiten Abstimmung durchgehen, ohne daß Kováč weitere Einspruchsmöglichkeit hat.

Die slowakische Wirtschaft legt seit 1994 einige Procente zu, nachdem sie nach der Wende von 1989 bis 1993 um 40 Prozent geschrumpft war. Die Inflation ist halbwegs im Griff, die Arbeitslosenrate lag 1994 bei 13 Prozent. Dennoch fällt die Slowakei hinter andere ostmitteleuropäische Reformländer wie Tschechien, Ungarn, Polen oder Slowenien zurück. Kritik an der wirtschaftspolitischen Wende Mečiar's übte auch der US-Milliardär, Financier und Philanthrop *George Soros*. Beim „Forum Crans-Montana“ in der Schweiz sagte er: „Das klassische Rezept für das Auftauchen von Faschismus oder Nationalsozialismus ist die Kombination von nationalistischer Ideologie und Wirtschaftsinteressen.“ Anzeichen dafür gebe es auch in der Slowakei. Das Land gefährde damit seine Integration in Europa. Soros, der mit Stiftungen in 24 Ländern Mittel- und Osteuropas zum Aufbau einer „offenen Gesellschaft“ beitragen will, traf die Koalitionspolitiker in Preßburg offenbar tief, und entsprechend harsch waren die Reaktionen – bis zum Antrag, ihn zur „unerwünschten Person“ zu erklären.

In der Kirche gewinnen Reformkräfte Einfluß

Wie wenig kompromißbereit die slowakische Regierung ist, mußte auch die österreichische Regierung bei ihrem Versuch erleben, die Fertigstellung des Kernkraftwerkes Mochovce zu verhindern. Es soll fertig gebaut werden, und zwar mit russischem Geld und russischer Technik – und entsprechendem Sicherheitsniveau. Die Finanzierung ist aber nach wie vor nicht gänzlich geklärt.

Nicht zuletzt legte sich Mečiar mit der *katholischen Kirche* des Landes an. Den Papstbesuch wollte er noch für sich nutzen und ließ Plakate drucken, die ihn mit Johannes Paul II. zeigten. Slowaken verunstalteten die Plakate, indem sie Mečiar einen Hitler-Schnurbart aufmalten; die Aktion schlug fehl.



NEU

Erich Zenger u. a.
**Einleitung in
das Alte
Testament**

1995. 448 Seiten.
Kart. DM 39,80
ISBN 3-17-012037-9
Kohlhammer
Studienbücher
Theologie, Band 1,1

Dieses Studienbuch führt in den "großen" (katholischen) Kanon des christlichen Alten Testaments ein. Der für christliche Theologie und kirchliche Praxis maßgebliche biblische Text ist die Endgestalt der Bücher. So bildet die Beschreibung von Aufbau und Theologie der einzelnen Bücher einen besonderen Schwerpunkt. Deren Entstehungsgeschichte wird so in ihren zeit- und religionsgeschichtlichen Kontext eingeordnet, daß diese als Niederschlag der Glaubensgeschichte Israels sichtbar wird. Ausdrücklich reflektiert wird der Doppelcharakter des Alten Testaments als (verbindender und zugleich trennender) Bibel von Juden und Christen. Von daher wird auch die heutige Relevanz des Alten Testaments aufgezeigt.

Ekkehard W. Stegemann / Wolfgang Stegemann
Urchristliche Sozialgeschichte

Die Anfänge im Judentum und die Christusgemeinden
in der mediterranen Welt
1995. 416 Seiten. Kart. DM 44,80
ISBN 3-17-011316-X

Diese Sozialgeschichte des Urchristentums gibt zum ersten Mal einen umfassenden Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen Jesu und seiner Nachfolger und Nachfolgerinnen im Land Israel sowie der christusgläubigen Gemeinden und Gruppen in den städtischen Zentren der mediterranen Welt, deren schriftliche Zeugnisse wir im Neuen Testament finden. Zugleich stellt sie die Rahmenbedingungen der urchristlichen Sozialgeschichte dar, nämlich Wirtschaft und Gesellschaft der mediterranen Welt des 1. Jahrhunderts und des Judentums im Land Israel in hellenistisch-römischer Zeit.

Auch warnte der Papst bei seiner Visite deutlich vor Nationalismus und forderte die Bischöfe und Gläubigen zu Einsatz für Menschenwürde und Demokratie auf.

Noch im Vorfeld des Papstbesuches hatte der Sekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof *Dominik Hrusovský*, Lobeshymnen auf Mečiar und seine Kooperationsbereitschaft mit der Kirche gesungen. Aber nicht alle Mitglieder der Bischofskonferenz teilten diese Ansicht, und sie ergriffen im Streit zwischen dem Staatspräsidenten und dem Regierungschef mehrmals Partei für Kováč. Zudem wandte sich die Bischofskonferenz gegen die Auflassung der Universität Trnava, die von einer regierungskritisch eingestellten Professorenschaft dominiert ist. Mečiar hatte den Bischöfen im Gegenzug die Errichtung einer katholischen Universität in Trnava angeboten.

Mitte August holt Mečiar zur Revanche aus. Er ließ die Polizei das Haus des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof *Rudolf Baláž* von Banská Bystrica, durchsuchen. Die

Polizeiführung gab an, es habe Verdacht auf Kunstschmuggel gegeben. In Kreisen der Kirche und der Opposition ist man sich einig, daß die Hausdurchsuchung politisch motiviert war. Der Widerstand von Teilen der Kirche gegen die nationalpopulistische Regierung Mečiar ist auch ein Zeichen dafür, daß innerhalb der Kirche Reformkräfte gegenüber den starken konservativen Kräften an Einfluß gewinnen.

Mit Mečiar werden aber Präsident Kováč, die Opposition und auch die Kirche noch eine Zeitlang leben müssen. Wer die politische Szene in Preßburg kennt, kann dem Urteil zustimmen, das die Zeitschrift „Newsweek“ vor kurzem abgab: Mečiar sei weit davon entfernt, allmächtig zu sein, „seine Versuche, die Kontrolle zu verschärfen, zeugen von der Schwäche der Opposition“. Vielleicht werde ihm dennoch „endlich bewußt, daß das Letzte, was seine Nachbarn wollen, ein verschrobener kleiner Diktator im Herzen Europas ist“.

Josef Pumberger

„Der Staat ist kein Neutrum“

Ein Gespräch zum Kruzifix-Urteil mit dem Staatskirchenrechtler
Alexander Hollerbach

Wie verträgt sich die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates mit der Förderung der Kirchen und Religionsgemeinschaften? Paßt das deutsche System der Beziehungen von Staat und Kirche noch in die Landschaft? Was hat es mit dem christlich geprägten Wertfundament unserer Gesellschaft auf sich? Darüber sprachen wir aus Anlaß des Kruzifix-Urteils mit Professor Alexander Hollerbach, der an der Universität Freiburg Rechtsphilosophie und Kirchenrecht lehrt. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Hollerbach, die Diskussion über das BVG-Urteil vom 10. August hat gezeigt, wie unterschiedlich das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften in Deutschland derzeit eingeschätzt wird. Für die einen ist das Urteil längst fällige Konsequenz der Trennung von Kirche und Staat, die immer noch nicht klar genug durchgeführt ist. Für die anderen ist es ein verhängnisvolles Signal der Abkehr des Staates von seinem christlich geprägten Wertfundament. Besteht hier nicht ein erheblicher Klärungsbedarf?

Hollerbach: Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts hat zweifellos Fragen aufgeworfen, die den Grundkonsens in Staat und Gesellschaft betreffen, heute aber nicht mehr einhellig beantwortet werden. Hier sind unterschiedliche Tendenzen wirksam, von denen eine in der Entscheidung zum Ausdruck gekommen ist. Es fragt sich allerdings, ob diese Tendenz der Verfassungslage entspricht, wie sie in Deutschland gegeben ist. Entsprechende Einwände werden ja schon im Minderheitsvotum zum Beschluß sehr klar formuliert.

HK: Und wo liegen für Sie die kritischen Punkte?

Hollerbach: Zum einen hat es sich die Senatsmehrheit mit der spezifischen Verfassungslage in Bayern viel zu leicht ge-

macht und damit mit der Kulturhoheit der Länder als einer Grundentscheidung unseres Grundgesetzes. Das zweite Zentralproblem ist die Verhältnisbestimmung zwischen positiver und negativer Religionsfreiheit. Wie im Minderheitsvotum formuliert, wird im Beschluß das Recht auf negative Religionsfreiheit gleichsam zum Obergrundrecht gemacht. Es ist jedenfalls nicht gelungen, zur praktischen Konkordanz der beiden Aspekte von Religionsfreiheit zu kommen, die vom geltenden Recht und unserer Verfassungstradition her angestrebt werden muß. Dazu kommt ein Gesichtspunkt, der in der bisherigen Diskussion zu kurz gekommen ist: In dem schon vor etlichen Jahren ergangenen Urteil des Verfassungsgerichts zum Schulgebet findet sich eine wichtige Überlegung, die mit dem Toleranzgedanken zusammenhängt. Es heißt dort, in einer Konfliktsituation müsse positiv dafür gesorgt werden, daß gerade auch in der Schule eine Atmosphäre der Toleranz herrscht. Darauf hat der Beschluß zu den Schulkreuzen in Bayern überhaupt nicht Rücksicht genommen.

HK: Wie muß man diesen Beschluß in die bisherige Verfassungsrechtsprechung einordnen? Handelt es sich um einen singulären Ausrutscher innerhalb einer ansonsten anders